



HESSISCHER LANDTAG

22. 02. 2011

Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen

Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Land stärkt Kommunen in Hessen - Entwicklung weiter aufwärts gerichtet

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass mit den Konjunkturprogrammen des Landes (ca. 1,7 Mrd. €) und des Bundes (ca. 0,9 Mrd. €) in Hessen 5.500 Bauprojekte angestoßen und 2,6 Mrd. € in Hochschulen, Schulen und die kommunale Infrastruktur investiert wurden. Diese Maßnahmen haben 800 Mio. € an Folgeinvestitionen ausgelöst. Kein anderes Bundesland in Deutschland hat in wirtschaftlich schwerer Zeit so viel für seine Kommunen geleistet. Vor allem mittelständische Unternehmen haben durch die Aufträge profitiert und so zahlreiche Arbeitsplätze neu geschaffen oder gesichert.
2. Der Landtag begrüßt, dass mit dem vom Hessischen Ministerpräsident, Volker Bouffier, in seiner Regierungserklärung am 7. September 2010 vorgestellten kommunalen Schutzschirm eine weitere Maßnahme zur nachhaltigen Verbesserung der finanziellen Situation der Kommunen umgesetzt wird. Das Land Hessen wird mit bis zu 3 Mrd. € zur Entschuldung der kommunalen Familie beitragen. Bereits im Haushalt 2010 werden hierfür 300 Mio. € durch das Land bereitgestellt. Dies ist ein wichtiger Schritt zur nachhaltigen Konsolidierung der Finanzen von Kommunen, die den Weg aus der Entschuldung gehen wollen. Die genaue Ausgestaltung des Schutzschirms wird derzeit in Gesprächen mit den kommunalen Spitzenverbänden erörtert.
3. Der Landtag begrüßt, dass die Hessische Landesregierung mit einem Sonderprogramm schnell und unbürokratisch 100 Mio. € zur Beseitigung von Schäden an Landes- und Kommunalstraßen sowie an deren Radwegen zur Verfügung stellt. Dabei trägt das Land die Hälfte dieser Summe aus eigenen Mitteln. So können die Kreise, Städte und Gemeinden zügig mit der Beseitigung der Winterschäden an ihren Straßen beginnen. Die Kommunen erhalten mit 80 Mio. € den größten Teil des Geldes. 20 Mio. € werden in die Landesstraßen investiert.
4. Der Landtag stellt fest, dass der Kommunale Finanzausgleich (KFA) im Jahr 2011 190 Mio. € mehr für die Kommunen vorsieht als im Jahr 2010. Trotz der notwendigen Anpassung erreicht der KFA damit Rekordniveau.
5. Der Landtag begrüßt ausdrücklich, dass auf Initiative der Bundesregierung eine Einigung zur Entlastung der Kommunen bei den Kosten für die Grundsicherung im Alter und der Erwerbsminderung zustande gekommen ist. Bis 2015 stellt der Bund den Kommunen hierfür 12,2 Mrd. € zur Verfügung. Für die hessischen Kommunen bedeutet dies eine Entlastung von mehr als 1 Mrd. €.

Wiesbaden, 22. Februar 2011

Für die Fraktion der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Wagner (Lahntal)

Für die Fraktion der FDP
Der Parl. Geschäftsführer:
Blum